Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1660/2008**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 15.04.2008

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Gerhard Merz, SPD-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat	21.04.2008	Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss	28.04.2008	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	08.05.2008	Entscheidung

Betreff:

Neueingruppierung der hauptamtlichen Mitglieder des Magistrats der Universitätsstadt Gießen

- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008 -

Antrag:

Durch Berichte in der heimischen Presse wurde bekannt -und auch mittlerweile vom Magistrat bestätigt -, dass die derzeitigen hauptamtlichen Mitglieder des Magistrats als Folge vorgelegter Einwohnerzahlen (mit Stichtag 30. Juni 2008) in ihrer Eingruppierung gem. Bundesbesoldungsordnung um jeweils eine Stufe angehoben werden.

Vor diesem Hintergrund wird der Magistrat aufgefordert, zu folgenden Fragen zu berichten:

1. Aus welchen Rechtsvorschriften ergibt sich die Verpflichtung zur Vorlage von Einwohnerzahlen an den Regierungspräsidenten (oder ggf. an andere Stellen)
 - a) für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen
 - b) für die Festlegung der Eingruppierung der hauptamtlichen Magistratsmitglieder?
2. Zu welchen Stichtagen werden die jeweiligen Zahlen von wem ermittelt, an welchen Stichtagen müssen sie an den Regierungspräsidenten (oder ggf. an andere Stellen) weiter gegeben werden?
3. Wer ist für die Ermittlung der Zahl der außerhalb von Kasernen wohnenden Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte verantwortlich?
4. Bestanden seitens des Magistrats Bedenken bezüglich der Validität der konkret gemeldeten Zahlen, insbesondere hinsichtlich der tatsächlichen Zahl der in Gießen

sich außerhalb von Kasernen aufhaltenden Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte?

5. Wer hat die Einwohnerzahlen wann an den Regierungspräsidenten weiter geleitet?
6. Aus welchen Rechtsvorschriften ergibt sich ein zwingender Zusammenhang aus den vorgelegten Stichtagszahlen und der Eingruppierung der hauptamtlichen Mitglieder des Magistrats und wer legt fest, dass die Rechtsfolge der Höhergruppierung eintritt?
7. War sich der Magistrat dieser Rechtsfolge bewusst als er die Einwohnerzahlen an den Regierungspräsidenten weiter geleitet hat und wurde der Regierungspräsident möglicherweise auf diesen Sachverhalt explizit hingewiesen?
8. Wann wurde von wem mitgeteilt, dass aufgrund der vorgelegten Einwohnerzahlen eine Höhergruppierung stattfinden kann bzw. ggf. stattfinden muss?
9. Besteht eine rechtliche Möglichkeit, die Rechtsfolge der Höhergruppierung noch abzuwenden?
10. Ab wann wird die Höhergruppierung, für den Fall ihrer Unabwendbarkeit, wirksam?
11. Welche Mehrkosten bei der Besoldung werden durch die neue Eingruppierung pro Haushaltsjahr entstehen?
12. Welche Mehrkosten werden für die gesamte Amtszeit der derzeitigen hauptamtlichen Mitglieder des Magistrats entstehen (berechnet für den Fall, dass diese nur ihre derzeitige Amtszeit beenden und keine weitere stattfindet)?
13. Welche Mehrkosten werden (ebenfalls abgestellt auf den unter 12. skizzierten Fall) zukünftig im Bereich der Versorgungsbezüge entstehen?

Begründung: Erfolgt mündlich.

Gerhard Merz
Stadtverordneter